

Dr. Peter Danckert

- (A) Parteien, die wir auch besprochen haben, sind ziemlich offen.

Abschließend möchte ich sagen, Herr Kollege Riegert, dass wir – das ist doch das Vernünftige – zunächst einmal abwarten sollten, was die gemeinsam eingesetzte Enquete-Kommission vorlegt.

(Siegfried Hornung [CDU/CSU]: Mit ruhiger Hand abwarten!)

Dann sollten wir zu einer umfassenden Regelung kommen und nicht punktuell sozusagen einen Warenhauskatalog mit einer gewissen Beliebigkeit vorlegen und am Ende noch nicht einmal angeben, wie das Vorhaben finanziert werden soll.

(Beifall bei der SPD)

Sie als Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Sportausschuss sollten sich den Grundsatz „Fair geht vor“ merken und sich erst dann wieder zu Wort melden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Siegfried Hornung [CDU/CSU]: Ein billiges Ausweichmanöver, sonst gar nichts!)

Vizepräsidentin Anke Fuchs: Der Kollege Klaus Riegert hat sich zu einer Kurzintervention gemeldet. Bitte sehr.

- (B) (Dr. Michael Bürsch [SPD]: Jetzt nehmen wir die Polemik mal heraus, weil wir ein gemeinsames Ziel haben, sehr geehrter Herr Riegert!)

Klaus Riegert (CDU/CSU): Herr Dr. Danckert, wenn Sie das Motto „Fair geht vor“ anführen, möchte ich kurz vortragen, was ich gesagt habe. Ich habe gesagt: Eichel fordert am 1. Dezember 1998 die steuerfreie Aufwandsentschädigung für Vorstandsmitglieder und Funktionsträger – genauso wie Sie es aus der Drucksache 950/98 zitiert haben.

(Jochen-Konrad Fromme [CDU/CSU]: Aha! Er kann nicht zuhören!)

Ich habe das völlig korrekt zitiert. Sie können das nachher im Protokoll nachlesen.

Die anderen Zitate stammten in der Tat von Mitgliedern Ihrer Fraktion. Die können Sie in den entsprechenden Presseberichten ebenfalls nachvollziehen

(Susanne Kastner [SPD]: Sollen wir denn hier den „Bayernkurier“ lesen?)

oder wenn Sie sich die Mühe machen wollen, können Sie bei Ihrer sportpolitischen Sprecherin den Entwurf herausuchen, in dem genau die Stellen, aus denen ich zitiert habe, enthalten sind und die dann in der Fraktion zurückgezogen wurden. Laut dieser Drucksache hat Herr Eichel gesagt, dass die Steuermindereinnahmen nicht bezifferbar seien. Des Weiteren wird ausgeführt, dass die tatsäch-

lichen Steuerausfälle – das haben wir genau so übernommen – gering seien. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Michael Bürsch [SPD]: Das Ehrenamt eignet sich nicht zum Wadenbeißertum, Herr Riegert! – Gegenruf des Abg. Werner Siemann [CDU/CSU]: Sie sollten einmal etwas für die Ehrenamtlichen tun!)

Vizepräsidentin Anke Fuchs: Herr Kollege Danckert, möchten Sie erwidern? – Bitte sehr.

Dr. Peter Danckert (SPD): Herr Kollege Riegert, lesen Sie bitte einmal die entsprechenden Ausschussprotokolle nach. Sie werden dann feststellen, dass man sich auf die Äußerungen des ehemaligen hessischen Ministerpräsidenten Eichel bezogen hat, als es um die Erhöhung des Steuerfreibetrags von 3 600 DM auf 4 800 DM ging. Genau das ergibt sich auch aus den verschiedenen Drucksachen. Ich habe mich ja nicht auf Ihre Rede bezogen.

(Klaus Riegert [CDU/CSU]: Doch!)

Ich habe vielmehr auf das Bezug genommen, was von Ihrer Fraktion in dieser Angelegenheit nicht mündlich, sondern schriftlich vorgetragen worden ist. Das ist noch viel schlimmer; denn man muss den Eindruck haben, dass hier ganz bewusst getäuscht wird.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Siegfried Hornung [CDU/CSU]: Das war nicht bloß ein Windei, sondern ein faules Ei!) (D)

Vizepräsidentin Anke Fuchs: Jetzt erteile ich das Wort dem Kollegen Lothar Binding für die SPD-Fraktion.

Lothar Binding (Heidelberg) (SPD): Frau Präsidentin! Sehr verehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die jetzige Debatte bietet eine gute Gelegenheit, den ehrenamtlich Tätigen zu danken und unserer Gesellschaft zu den Abermillionen selbstlos geleisteten Stunden zu gratulieren, die die ehrenamtlich Tätigen von ihrer Lebenszeit abgegeben haben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schließlich ist jede Stunde, die man der Gesellschaft abgibt, für die persönliche Verwendung unwiederbringlich verloren. Ich glaube, dass das die eigentliche Bedeutung des Ehrenamts unterstreicht.

Wir müssen aber auch erkennen, dass das traditionelle Ehrenamt, das uns immer vorschwebt, sehr stark gefährdet ist. Bestimmte Großorganisationen und Vereine verzeichnen eine dramatische Erosion in diesem Bereich. Wir tun so, als könnten wir diese Entwicklung mit einem leichten Federstrich und durch Einbringung eines Gesetzentwurfs bzw. eines Antrags im Parlament korrigieren. Die Arbeits- und Freizeitwelt wird vollständig umgebaut. Es entwickeln sich eine neue Jugendkultur und neue Engagementformen, die dieses Haus noch gar nicht registriert hat.

Lothar Binding (Heidelberg)

- (A) Der Zerfall moralischer Kategorien – darauf komme ich später zurück – tut das Seine dazu, dass nicht mehr so viele Menschen wie in der Vergangenheit bereit sind, sich ehrenamtlich zu engagieren. Daraus ergeben sich bestimmte Zukunftsaufgaben.

Die CDU/CSU lenkt mit ihrem Entwurf genau von diesen Zukunftsaufgaben ab; denn sie reduziert Problemlösungsansätze auf die Geldfrage. Aber beim Ehrenamt geht es vordergründig nicht um Geld. Es geht vielmehr um viel tiefere Begründungszusammenhänge, über die wir nachdenken müssen.

(Norbert Barthle [CDU/CSU]: Entbürokratisierung war das Stichwort!)

Es ist ein Widerspruch – dieser lässt sich auch in der Begründung des CDU/CSU-Entwurfs finden –, wenn Herr Schußler im Zusammenhang mit dem Ehrenamt über die Entwicklung der **geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse** nachdenkt; denn geringfügige Beschäftigungsverhältnisse haben mit dem Ehrenamt nichts zu tun.

(Siegfried Hornung [CDU/CSU]: Was?)

Bei den geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen handelt es sich um bezahlte Tätigkeiten. Aber die ehrenamtliche Tätigkeit ist unbezahlt. Wer geringfügige Beschäftigungsverhältnisse und ehrenamtliche Tätigkeit in einem Atemzug erwähnt, der will das Volk bewusst desinformieren.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Ich denke, das war auch die Konsequenz aus der einfalllosen **Großen Anfrage der CDU/CSU**, die insgesamt 60 Fragen umfasst. Wenn man sich die einzelnen Fragen genau anschaut, dann stellt man fest, dass sich 18 Fragen auf geringfügige Beschäftigungsverhältnisse beziehen, neun Fragen auf Steuerprüfung, acht Fragen auf die Übungsleiterpauschale, sieben Fragen auf Rechtsvorschriften und drei Fragen auf das Durchlaufspendenverfahren. Es ist lächerlich, wenn Sie glauben, dass Sie mit diesen Fragen Antworten auf die Zukunftsfrage bezüglich des Verhältnisses von Jugend und Ehrenamt finden werden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vorhin wurden Fakten eingeklagt. Die möchte ich nun nennen. Die **Übungsleiterpauschale** gibt es seit 1980. Von 1980 bis 1998 ist die Übungsleiterpauschale um 0 Prozent angehoben worden.

(Heiterkeit bei der SPD)

Das heißt also, dass die Übungsleiterpauschale beispielsweise im Jahr 1983 um 0 Prozent, 1984 um 0 Prozent, 1985 um 0 Prozent und auch in den Jahren 1997 und 1998 um 0 Prozent angehoben wurde. Meines Wissens war die rot-grüne Koalition in diesem Zeitraum noch nicht an der Regierung. Insofern muss man sich einmal überlegen, was für ein Vorgang das ist: 1999 wurde die Übungsleiterpauschale von uns um 50 Prozent angehoben – um jetzt, ein Jahr später, von Ihnen einen Gesetzentwurf vorgelegt zu bekommen, mit dem Sie weitere 50 Prozent fordern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Noch etwas: Aus steuersystematischen Gründen ist die Übungsleiterpauschale noch nicht einmal eine kluge Antwort auf die Problemlage, die sich uns stellt. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Anhebung durch die rot-grüne Koalition war eine Notoperation, mit der wir deutlich machen wollten: Ehrenamt, wir nehmen dich wichtig. Es ist so lange nichts passiert; lässt uns schnell die Übungsleiterpauschale anheben, auch wenn wir langfristig ein völlig anderes System brauchen, weil sich das Ehrenamt nicht auf diese primitive Frage nach Geld reduzieren lässt.

Es gibt noch ganz andere Widersprüche: Herr Riegert hat in der letzten Debatte zu diesem Thema gefordert – ich habe das einmal nachgelesen –, die Zweckbetriebsgrenzen bei gemeinnützigen Vereinen anzuheben. Andererseits aber will die CDU/CSU das Gastronomie- und Tourismusgewerbe nicht gefährden – ein bislang unaufgelöster Widerspruch.

(Siegfried Hornung [CDU/CSU]: Ist ja nicht wahr!)

Auf eine Ursache für die Erosion des Ehrenamts und der Vereine wurde heute noch gar nicht eingegangen. Mich wundert Folgendes: Die meisten von uns sind ja in einem Alter, wo wir Kinder zwischen, sagen wir einmal, zehn und 25 Jahren haben könnten. Ich frage mich wirklich, ob Sie mit Ihren Kindern gelegentlich einmal reden.

(Dr. Michael Bürsch [SPD]: Ja, mache ich!)

– Deshalb habe ich auch in die andere Richtung geschaut. Mein Eindruck ist nämlich, dass das bei der CDU/CSU relativ selten passiert. (D)

(Klaus Riegert [CDU/CSU]: Wir trommeln noch!)

Die CDU/CSU stellt immer die Frage: Geht ihr eigentlich in die Vereine? Die Antwort ist: Ja, wie gehen in Vereine. Ich zum Beispiel gehe in die DLRG.

(Klaus Riegert [CDU/CSU]: Sehr löblich!)

Dort heißt das Treffen Ortsgruppe. Im Sport heißt es Verein, in Parteien heißt es Ortsverein. Meine Kinder aber gehen überhaupt nicht in einen Verein oder eine Ortsgruppe, sondern bilden – komischerweise ein Wort, das hier selten vorkommt – einen Clan.

(Werner Siemann [CDU/CSU]: Wo kommen Sie denn her?)

Jugendliche treffen sich zum Beispiel zu einem Wettkampfwochenende.

(Zurufe von der CDU/CSU)

– Nein, das ist nicht nur ein englisches Wort. Daran erkennt man, dass Sie die Problemlage überhaupt nicht durchdrungen haben. Sie gehen in Ihrer Freizeit zu einem Seminar, aber die Jugendlichen heute gehen zum Beispiel zu einer LAN-Party – womöglich treffen sie sich gar nur virtuell, sind also real an unterschiedlichen Orten.

(Werner Siemann [CDU/CSU]: Das meinen Sie doch nicht im Ernst, was Sie hier sagen!?)

Lothar Binding (Heidelberg)

- (A) Die Jugendlichen schaffen auch völlig neue Verhaltensmuster und haben andere moralische Vorstellungen.

(Werner Siemann [CDU/CSU]: Da gibt es aber Begeisterung bei Ihren Leuten über diese Argumente!)

Die Gerechtigkeitsfragen beispielsweise werden ganz neu abgebildet. Auf diese Fragestellungen gehen wir überhaupt nicht ein.

Ich will Ihnen sagen, warum ich glaube, dass wir mit einem naiven Zugang zu diesem Thema Ehrenamt bei Jugendlichen überhaupt nichts bewirken können. Meine Kinder fragen mich zum Beispiel, warum ich ihnen etwas von Selbstlosigkeit erzähle, wenn doch ein Herr Kohl noch im Parlament sitzt.

(Siegfried Hornung [CDU/CSU]: Weil das Elternhaus nicht stimmt!)

Wenn ich sage, dass die Maxime „Du sollst anderen Menschen helfen“ eine positive Qualität hat, dann bekomme ich zu hören: Der Koch verwaltet Schwarzkonten und ist immer noch im Amt, wird sogar als Kanzlerkandidat gehandelt. – Nun gut, in Bezug auf die Nachfolge von Kohl bedeutete das ja wenigstens Kontinuität: Verwaltung von Schwarzkonten im Kanzleramt.

(Beifall bei der SPD)

Für mich wäre das aber eine Perspektive, die mich erschrecken lässt.

- (B) Was ich sagen will, ist: Der Zerfall moralischer Kategorien macht den Jugendlichen keinen Mut, sich im klassischen Sinne ehrenamtlich zu engagieren. Die Ignoranz von vielen in diesem Hause hinsichtlich der neuen Jugendkulturen schafft jedenfalls keine Brücke zwischen neuen Jugendkulturen und unserem traditionellen bürgerschaftlichen Engagement. Ich denke, dass Sie mit der Reduktion dieses Themas auf die primitive Frage des Geldes dem Ehrenamt mehr schaden als nutzen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Anke Fuchs: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 14/5224 zur Stärkung ehrenamtlicher Tätigkeiten in Vereinen und Organisationen. Der Finanzausschuss empfiehlt auf Drucksache 14/6218, den Gesetzentwurf abzulehnen. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? –

(Werner Siemann [CDU/CSU]: Die Vereinsfeinde! – Lachen bei der SPD)

Wer enthält sich? – Der Gesetzentwurf ist damit in zweiter Beratung abgelehnt. Damit entfällt nach unserer Geschäftsordnung die weitere Beratung.

Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 14/5196 zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU mit dem Titel: „Gemeinnützige Vereine von

hohen Energiekosten entlasten“. Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag auf Drucksache 14/4386 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Bei Enthaltung der PDS und FDP und gegen die Stimmen von CDU/CSU ist die Beschlussempfehlung angenommen. (C)

Ich rufe nun den Zusatzpunkt 7 auf:

Vereinbarte Debatte

zur Einsetzung des EU-Verfassungskonvents

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine Dreiviertelstunde vorgesehen. – Darüber herrscht Einverständnis.

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort Professor Jürgen Meyer für die SPD-Fraktion.

Dr. Jürgen Meyer (Ulm) (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Eröffnung des „Konvents zur Zukunft Europas“ in der kommenden Woche in Brüssel ist ein Ereignis, das für die Zukunft der Europäischen Union besondere und hoffentlich historische Bedeutung hat. Die Regierungschefs der 15 Mitgliedstaaten sprechen in den Schlussfolgerungen von Laeken vom vergangenen Dezember vom Weg zu einer **Verfassung für die europäischen Bürger**. Deshalb nennen viele den Konvent der 105 Delegierten aus 28 Ländern, dessen Einberufung ich übrigens schon einmal im Juni 1995 in einer Bundestagsdebatte zu fordern gewagt hatte, nicht zu Unrecht „Verfassungskonvent“. Damit ist eine faszinierende Aufgabe beschrieben. (D)

Ich will die erste Sitzungswoche nach meiner Wahl zum Delegierten des Deutschen Bundestages im Konvent

(Hans-Eberhard Urbaniak [SPD]: Eine gute Wahl!)

gerne nutzen, um Ihnen für das in mich gesetzte Vertrauen zu danken.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP und der CDU/CSU – Uwe Hixsch [PDS]: Haben wir gerne gemacht!)

Ich habe mich darüber gefreut, dass mich alle Fraktionen außer der CDU/CSU-Fraktion geschlossen gewählt haben, aus der CDU/CSU-Fraktion immerhin die Europapolitiker, die dem Thema etwas näher stehen als andere.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD – Detlev von Larcher [SPD]: Die klügeren Leute!)

Die Europäische Union benötigt eine Verfassung oder, wie manche sagen, eine Grundordnung, die Demokratie und Effizienz auch nach der bevorstehenden **Erweiterung** sichert. Diese Erweiterung, die wir ja alle wollen, um möglicherweise weitere zehn Staaten noch vor der Europawahl 2004 ist mit der Gefahr verbunden, dass sich die zentrifugalen Kräfte verstärken und ein nicht mehr arbeitsfähiges Gebilde entsteht. Deshalb ist es höchste Zeit für eine Verfassung. Ich denke, unsere gemeinsame